

Inhalt:

1. **Demo gegen den Bau eines neuen Autobahnzubringers zwischen Elmshorn und Horst, 29. Mai 2021**
2. **Demo gegen die A20, 5. Juni 2021**
3. **Klimacamp in Pinneberg, 21. - 24. Mai 2021**
4. **Energiegenossenschaft im Kreis Pinneberg**
5. **Unverpackt-Läden in Elmshorn und Quickborn**
6. **Verfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutzversagen der Bundesregierung**
7. **Die EU ist Vizeweltmeister der globalen Waldzerstörung**
8. **GEO Hefte aus den Jahren 1978 bis 2013 zu verschenken**
9. **Online-Aktionen und –Petitionen**

1. Demo gegen den Bau eines neuen Autobahnzubringers zwischen Elmshorn und Horst, 29. Mai 2021

„*Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.*“ (Zitat, Daniel Goeudevert, französischer Automanager). Dass mit dem Bau neuer Straßen das Verkehrsaufkommen ständig wächst, wird von den Gegnern einer echten Mobilitätswende nicht nur in Kauf genommen, sondern vorsätzlich herbeigeführt, eingeplant und gewünscht. Da das schon lange (und erst recht nach dem Verfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutzversagen der Bundesregierung) nicht mehr mit den Klimazielen vereinbar ist, haben sie das Märchen von der „Klimaneutralität“ von Fahrzeugen mit sogenannten „Alternativen Antrieben“ erfunden.

In der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) heißt es: „*Bei rein elektrisch betriebenen Fahrzeugen wird bei der Angabe der offiziellen spezifischen CO₂-Emissionen eine „0“ eingetragen.*“ Schon die Formulierung lässt erkennen, dass deren Verfasser selbst nicht glauben, was sie da in die Verordnung geschrieben haben und dass die offiziellen mit den realen Emissionen nichts zu tun haben. Aber auch in Studien, die angeblich die realen Emissionen von Elektroautos unter die Lupe nehmen, werden falsche Annahmen zugrunde gelegt, indem der deutsche Strommix mit einem Anteil von rund 50 % erneuerbare Energien angesetzt wird. Das ist falsch. Da keine Windenergie- oder Photovoltaikanlage ihre Leistung erhöhen wird, um anteilig den zusätzlichen Strombedarf von Elektroautos zu decken, müssen allein fossile Kraftwerke diesen zusätzlichen Strombedarf bereit stellen.

Weiteres zum Thema „Täuschung durch Alternativen Antriebe“ steht in unserem letzten [Rundbrief](#).

Wir schließen uns der Einladung zu einer Demo gegen den Bau des Autobahnzubringers (genannt: Grenzweg-Ausbau) am Samstag, 29. Mai 2021, 14.00 Uhr an. Treffpunkt ist der Parkplatz am Kreisel (Horstheider Weg / Horster Landstraße / Max-Planck-Straße) in 25358 Horst. Die Einladung zur Demo und ein Hygienekonzept sind angehängt.

2. Demo gegen die A20, 5. Juni 2021

Nach einer kleinen Fahrrad-Demo am 8. Mai mit ca. 70 Teilnehmer*innen soll am 5. Juni eine große Demo gegen die A20 stattfinden. Einzelheiten stehen noch nicht fest. Voraussichtlich wird um 13:00 Uhr eine Kundgebung am Anleger der Elbfähre Glückstadt–Wischhafen stattfinden. Weiteres werden wir auf unserer Internetseite mitteilen. Die A 20 ist als das umweltschädlichste und naturzerstörerischste Autobahnprojekt in ganz Deutschland bekannt und muss unbedingt verhindert werden. Sie passt absolut nicht mehr in die Zeit.

3. Klimacamp in Pinneberg, 21. - 24. Mai 2021

Fridays For Future Kreis Pinneberg laden zu einem ein Klimacamp in Pinneberg, 21. - 24. Mai 2021 (jeweils 16 Uhr) auf dem Drosteiplatz ein:

„Kommt gerne für eine Nacht oder einfach tagsüber irgendwann vorbei! Ganz besonders einladen möchten wir euch zu unserer Bündnis-Diskussionsrunde am 22.05. um 14 Uhr. Draußen wollen wir (mit Abstand und Masken) darüber diskutieren, wie wir den Kreis Pinneberg klimafreundlicher gestalten können. Außerdem soll ein Klimaschutz-Forderungspapier für den Kreis ausgearbeitet werden.

Natürlich freuen wir uns auch über spontane Besuche, sagt aber gerne vorher Bescheid, damit wir euch (Corona-technisch) einplanen können! Danke!“



4. Energiegenossenschaft im Kreis Pinneberg

Im Kreis Pinneberg soll eine neue Energie-Genossenschaft für Photovoltaik-Solaranlagen entstehen. Initiator ist das Klimabündnis Halstenbek (<https://www.klimabuendnis-halstenbek.de>).

Ziele der Energie-Genossenschaft:

- Auf Dächern öffentlicher Gebäude Photovoltaik-Solaranlagen installieren und in Kooperation mit den Eigentümer*innen betreiben.
- Auch private Dächer kommen in Frage, wenn verlässliche Partner gefunden werden.
- Unterstützung von Personen, die eine eigene Solaranlage planen, mit unabhängiger Beratung.
- Mitglieder werben, um über Genossenschaftsanteile Kapital für die Investitionen einzuwerben. Ab 200 Euro können Anteile gezeichnet werden.

Wer Gebäude kennt, deren Dächer sich für Photovoltaik-Anlagen eignen könnten, einen Kontakt zu den Eigentümer*innen herstellen kann, und/oder Interesse an eine Beteiligung hat, kann sich bei Matthias Döring, (Mail: mat-doe@web.de, Tel.: 04101-606572) melden. Willkommen sind natürlich auch alle, die sich aktiv im Gründungsprozess bzw. in der Genossenschaft einbringen wollen.

Weitere Informationen enthält der [Flyer](#), der von der Internetseite des Klimabündnisses heruntergeladen werden kann.

Matthias Döring aus Halstenbek:

„Bei der Planung der Standorte auf öffentlichen Gebäuden in Halstenbek haben wir schnell festgestellt, dass wir uns breiter aufstellen müssen. D.h. wir suchen geeignete Gebäude, Mitstreiter und Mitglieder für die Genossenschaft im ganzen Kreis Pinneberg. Neue oder im Bau befindliche Gewerbegebiete sind für uns auch interes-

sant. Wir haben Schulen in Pinneberg, Rellingen und Schenefeld in den Blick genommen, bräuchten aber irgendwie einen Zugang zu Politik, Verwaltung & Schulen.

Wir sind dankbar für jede Unterstützung, wenn es auch nur Interessenten sind, die sich auf unserer Website mit Kontaktdaten eintragen, um sich über das Projekt informieren zu lassen.

<https://www.klimabuendnis-halstenbek.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/ag-energie/>

Vielleicht können Sie Kontakte vermitteln, oder uns durch Bekanntmachung in Ihrem Wirkungskreis unterstützen.

Mit sonnigen Grüßen

Matthias Döring“

5. Unverpackt-Läden in Elmshorn und Quickborn

In Elmshorn und Quickborn werden in Kürze Unverpackt-Läden eröffnet. Informationen gibt es auf den jeweiligen Internetseiten:

<https://www.simpelunverpacktelmshorn.de/>

<http://un-fairpaqt.de/>

6. Verfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutzversagen der Bundesregierung

Das „Klima-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts wird in den Medien zu Recht als Klatsche für die Bundesregierung bezeichnet. Nun hat das Bundeskabinett am 12.5.2021 in Windeseile ein nachgebessertes Klimaschutzgesetz beschlossen. Wir würden uns ja freuen, die Bundesregierung auch mal loben zu können, statt sie immer nur kritisieren zu müssen. Und auf den ersten Blick könnte ja das neue Klimaschutzgesetz mit den neuen Klimazielen ein Anlass dafür sein. Doch bei genauerem Hinsehen wird schnell klar: einen solchen Anlass gibt es nicht, denn das neue Klimaschutzgesetz und der gleichzeitig verabschiedete „Klimapakt Deutschland“ beschränken sich auf Ankündigungen und Zielformulierungen, die den auf Deutschland entfallenden Beitrag zur Einhaltung des 1,5°-Ziels immer noch krachend verfehlen. Noch entscheidender ist aber, dass Maßnahmen zum Erreichen der neuen Ziele nicht enthalten sind. Werden die erforderlichen Maßnahmen in Kürze folgen? Wohl kaum, denn das würde bedeuten, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik, der Verkehrspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Agrarpolitik etc. von einem Tag auf den anderen eine 180°-Kehrtwende hinlegen müsste, nachdem sie zuvor Jahrzehnte lang in die falsche Richtung marschiert ist. Im Folgenden jeweils nur ein Beispiel für die genannten Bereiche:

- Energiepolitik: S. [Rundbrief 5/2020](#): „Kohle-Ausstiegs-Gesetz: Viel Geld für wenig Klimaschutz“. Kommt jetzt ein neues Kohle-Ausstiegs-Gesetz mit noch höheren „Entschädigungen“ für die Energiekonzerne? Durch eine Regulierung des europäischen CO₂-Emissionshandels (EU-ETS) wäre ein schnellerer Kohle-Ausstieg völlig kostenlos zu haben, ganz ohne altes und neues Kohle-Ausstiegs-Gesetz. Eine solche Regulierung ist aber insbesondere von der deutschen Regierung immer wieder erfolgreich verhindert worden. Notwendig wäre ein schnellerer Kohle-Ausstieg ohne noch mehr „Entschädigungen“ für die Energiekonzerne. Ist das in Sicht? Nicht mit einer Marionette der Energiekonzerne an der Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums.
- Verkehrspolitik: „Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen von 120 km/h verbunden mit Tempo 80 außerorts und Tempo 30 in der Stadt: Das bringt bis 2034 eine Einsparung von bis zu 100 Millionen Tonnen CO₂“ (Quelle: Deutsche Umwelthilfe, [DUH](#)), also 8,33 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr bei Einführung am 1. Januar 2022. Ist die Einführung solcher Tempolimits in Sicht? Nicht mit einer Marionette der Autokonzerne an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums. Weiteres in den Punkten 1. und 6. in diesem Rundbrief.

- Wirtschaftspolitik: Laut Umweltbundesamt betragen die umwelt- und klimaschädlichen Subventionen im Jahr 2012 mehr als 57 Milliarden Euro. Neuere Zahlen haben wir nicht gefunden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie - insbesondere durch die Covid-19-Pandemie - massiv angestiegen sind, z.B. durch „Rettung“ von Unternehmen in extrem klimaschädlichen Branchen (Luftverkehrsgesellschaften, Flughäfen, Flugzeughersteller, Kreuzfahrt-Reedereien, Kreuzfahrt-Werften etc.). Ein Ende dieser klimaschädlichen Subventionspolitik: Nicht in Sicht.
- Agrarpolitik: Weniger Massentierhaltung, Ende der Flächenverschwendung durch Energiepflanzenanbau, Anbau heimischer Futtermittel statt Soja-Importe aus Brasilien, Wiedervernässung von Mooren. Ist nur einer dieser Punkte in Sicht? Nicht mit einer Marionette von Agrokonzernen, Lebensmittelkonzernen, Agrarinvestoren und Interessenvertretern einer industriellen Landwirtschaft an der Spitze des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Das sind nur wenige Beispiele für viele weitere erforderliche Maßnahmen, die aber bei der Bundesregierung gar nicht auf der Tagesordnung stehen, weder jetzt noch später. Auf keinen Fall dürfen Klimaschutzmaßnahmen das Wachstum behindern. „*Das Wichtigste ist immer Wachstum.*“ (Zitat, Finanzminister Olaf Scholz). Dem [Wachstum](#) muss sich also alles andere unterordnen, der Klimaschutz und der Schutz von Umwelt und Natur erst recht.

So wird die die „Dekarbonisierung“ nicht gelingen. Darüber sind sich Umweltverbände, seriöse Meteorolog*innen, Geolog*innen, Physiker*innen etc. einig und das auch schon sehr lange. Aber ebenso lange werden warnende Stimmen aus dem Bereich der Naturwissenschaften von der Politik ignoriert. Die Corona-Pandemie gab für eine kurze Zeit Anlass zu der Hoffnung, die Bundesregierung habe nun gelernt, auf Wissenschaftler*innen zu hören. Doch was für die Corona-Krise gilt, gilt noch lange nicht für die Klimakrise und erst recht nicht für die zahlreichen weiteren Krisen wie die Biodiversitätskrise, die (Plastik-)Vermüllungs-Krise, die Krisen durch Raubbau, Plünderung, Entwaldung, Überfischung etc., die von der Bundesregierung noch weniger ernst genommen werden als die Klimakrise. Geht es dagegen um Ausreden für Raubbau, Plünderungen und Naturzerstörungen, mutiert die Klimakrise urplötzlich zu einem ernstesten Problem. So wird beispielsweise die Plünderung von Manganknollen im Pazifik mit katastrophalen Folgen für die maritimen Ökosysteme damit gerechtfertigt, dass die in den Manganknollen enthaltenen Elemente für die Energiewende benötigt werden.

Die Bundesregierung und v.a. die CDU/CSU wollen uns vorgaukeln, dass die Klimaneutralität ganz ohne Änderung unseres verschwenderischen Lebensstils bis 2045 zu schaffen ist, mit weiter steigendem Konsum und ohne Reduzierung oder sogar Erhöhung des Energieverbrauchs. Sie verwechseln „immer mehr“ mit „immer besser“ und setzen maximalen Konsum gleich mit maximaler Lebensqualität. Ihr Kochrezept: Den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland vernachlässigen und sogar behindern, z.B. durch Vergrößerung der Abstände zwischen Windkraft-Anlagen und Wohnsiedlungen, und stattdessen einfach „grünen“ Wasserstoff importieren, aus dem u.a. mit gewaltigen Umwandlungsverlusten synthetische Kraftstoffe produziert werden sollen, damit Flugverkehr, Autoverkehr und Schiffsverkehr ungebremst weiter wachsen können.

Und wo soll der „grüne“ Wasserstoff herkommen? Für die Träumer von CDU/CSU v.a. aus Afrika. Dummerweise gehört aber Afrika nicht zu Deutschland. Prognosen zufolge soll sich Afrikas Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Mrd. Menschen verdoppeln und bis 2100 auf 4 Mrd. fast vervierfachen*). Der Energieverbrauch Afrikas wird noch schneller wachsen als die Bevölkerung und wird dennoch pro Kopf immer weit unterhalb des durchschnittlichen Energieverbrauchs pro Kopf in Europa bleiben. Wie lang wird es dauern, bis in Afrika Erzeugungskapazitäten aufgebaut sind, die neben der afrikanischen Bevölkerung auch noch Europa mit „grünem“ Wasserstoff versorgen können?

Aber vielleicht will die CDU den „grünen“ Wasserstoff aus Afrika nur für die Erhaltung des verschwenderischen Lebensstils in Deutschland und Europa. Afrika kann ja seinen gigantisch steigenden Energieverbrauch weiterhin fossil decken. Die Treibhausgas-Emissionen Afrikas interessieren nicht, ebenso wenig wie die ökologischen Kollateralschäden durch den Aufbau einer gigantischen Wasserstoff-Infrastruktur in Afrika. Es geht ja nicht um Klimaschutz und schon gar nicht um die Natur und die Umwelt in Afrika. Es geht allein um die **deutschen**, evtl. noch um die europäischen Zahlen der Treibhausgas-Emissionen.

*) Diese Bevölkerungsentwicklung ist natürlich ein großes Problem nicht nur für Afrika und Maßnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums wären unbedingt erforderlich. Aber das steht auf einem anderen Blatt und wird weder in Deutschland noch in Europa entschieden.

7. Die EU ist Vizeweltmeister der globalen Waldzerstörung

Zitat aus einer Mail des WWF vom 17.4.2021: „Ein neuer WWF-Report zeigt, dass die Europäische Union für 16 Prozent der weltweiten Tropenwaldabholzung und Naturzerstörung verantwortlich ist. Damit liegt sie im internationalen Vergleich auf Platz 2, noch vor den USA und Indien. Und das, obwohl sich die EU dazu verpflichtet hatte, die Waldzerstörung bis 2020 zu stoppen.“

Die Auswertung des Reports ergibt, dass Deutschland für 43.700 Hektar Tropenwaldabholzung pro Jahr verantwortlich ist. Das entspricht 2,71% der globalen Tropenwaldabholzung, obwohl in Deutschland nur etwas mehr als 1% der Weltbevölkerung lebt. Der Raubbau an Wäldern verursacht rund 20 % der globalen Treibhausgas-Emissionen (Quellen: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/HG_Wald-Klima_310809_FINAL.pdf, <https://idw-online.de/de/news26805>). Das sind rund **7,5 Gigatonnen CO₂ pro Jahr**. 2,71% von 7,5 Gigatonnen = 0,2 Gt = **200 Millionen Tonnen CO₂ ***).

„Offiziell“ wurden in Deutschland im Jahr 2020 rund **739 Millionen Tonnen** Treibhausgase freigesetzt. Allein aufgrund der Waldzerstörung, für die Deutschland in aller Welt verantwortlich ist, müssten den Treibhausgas-Emissionen Deutschlands rund **200 Millionen Tonnen hinzugerechnet** werden. Die werden aber großzügig unterschlagen, während jeder Baum, der auf Initiative Deutschlands irgendwo in der Welt gepflanzt wird, großzügig (mindernd) auf die Treibhausgas-Emissionen Deutschlands angerechnet wird. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie die Bevölkerung mit geschönten Zahlen getäuscht wird.

Gibt es Bemühungen, die globale Waldzerstörung zu reduzieren? Nein, im Gegenteil: Die Bundesregierung ist auf diesem Gebiet nicht nur untätig, sie fördert sogar aktiv die Waldzerstörung in aller Welt. Sie forciert z.B. das EU-Mercosur-Abkommen mit (u.a.) dem Waldzerstörungs-Weltmeister Bolsonaro und zwingt Deutschlands Autofahrer*innen, sich an der Zerstörung der Regenwälder zu beteiligen, durch unsinnige Beimischungsquoten für Biodiesel (u.a. Palmöl) und Bioethanol. Mittlerweile wird mehr Palmöl im Straßenverkehr verbrannt als für Lebensmittel verwendet wird (Quelle: [DUH](#)). Das reduziert zwar die offiziellen Zahlen der Treibhausgas-Emissionen Deutschlands, erhöht aber global die realen Emissionen um ein Vielfaches dessen, was in Deutschland offiziell eingespart wird. Der Trick dabei: Auch hier wird ein scheinheiliges Rechenverfahren angewendet, bei dem CO₂-mindernde Effekte angerechnet, CO₂-erhöhende Effekte aber unterschlagen werden. So wird beispielsweise angenommen, dass „Bio“-Kraftstoffe beim Verbrennen nur so viel CO₂ freisetzen, wie die Pflanzen zuvor beim Wachstum aufgenommen haben, die um ein Vielfaches höheren CO₂-Emissionen durch Landnutzungsänderungen, Waldzerstörungen (Brandrodungen, Freisetzung von CO₂ aus Böden nach Umwandlung von Wäldern in Plantagen) etc. werden aber unterschlagen.

Den Rahmen für die Beimischung von „Bio“-Kraftstoffen zu Benzin und Diesel gibt die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive – RED) der EU vor. Vernünftiger wäre es, die Verwendung von „Bio“-Kraftstoffen in der RED ersatzlos zu streichen, denn nach unserer Kenntnis gibt es keinen einzigen „Bio“-Kraftstoff, der dem Klima, der Umwelt oder der Natur mehr nutzt als schadet. Zumindest lässt aber die RED einen Spielraum, welche „Bio“-Kraftstoffe zu verwenden sind. So hatte sich 2018 das EU-Parlament für ein Verbot der Beimischung von Palmöl in „Bio“-Kraftstoffen ab 2021 ausgesprochen, leider ohne Erfolg. Dennoch haben einige Mitgliedsländer der Palmöl-Beimischung inzwischen ein Ende gesetzt. Nicht so die deutsche Regierung. Sie wird womöglich diesen Unsinn erst beenden, wenn sie muss, also (hoffentlich) irgendwann die EU die Palmöl-Beimischung doch noch verbietet. Der Bundesregierung geht es offensichtlich nur um die offiziellen Zahlen der Treibhausgas-Emissionen (s.o.). Die Kollateralschäden für das Klima, die Tropenwälder, den Artenschutz bis hin zur Ausrottung der Orang-Utans, die es nur noch auf Borneo und Sumatra gibt, sind ihr egal.

Auch die Soja- und Fleischimporte sollen mit dem EU-Mercosur-Abkommen weiter gesteigert werden, mit zusätzlichen katastrophalen Folgen nicht nur für den Amazonas-Regenwald. Offensichtlich will die Landwirtschaftsministerin noch mehr Futterimporte für noch mehr Massentierhaltung, um Deutschland auch noch im Bereich „tierische Erzeugnisse“ zum Exportweltmeister zu machen. Die Agrarwende beschränkt sich aus der Sicht der Landwirtschaftsministerin auf die Einführung eines freiwilligen Tierwohllabels, womit der Bevölkerung vorgegaukelt werden soll, sie setze sich für Verbesserungen in der Landwirtschaft ein. Aber selbst wenn es ein verpflichtendes, strenges Tierwohllabel gäbe, wäre damit nur eine von zahlreichen Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft gestoppt.

Auch ein wirksames Lieferkettengesetz könnte die von Deutschland verursachten Waldzerstörungen reduzieren. Leider gilt auch dafür: Fehlanzeige auf ganzer Linie. Zunächst (ab 2023) soll es für Unternehmen mit weltweit ab 3.000 Beschäftigten, ein Jahr später für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten gelten. Und mit der Bezeichnung Lieferkettengesetz wird wieder einmal die Bevölkerung getäuscht, denn es beschränkt sich jeweils **nur auf den direkten Zulieferer**. Unternehmen in der Rohstoffgewinnung, die am Anfang einer Lieferkette stehen und die sich häufig besonders verantwortungslos in Bezug auf Umwelt- und soziale Standards verhalten, werden damit weitgehend aus der Verantwortung entlassen. Und *die „Zerstörung von Klima, Wäldern und Artenvielfalt in den Lieferketten deutscher Unternehmen bleiben mit diesem Lieferkettengesetz in den allermeisten Fällen folgenlos. Der Entwurf bleibt im Hinblick auf die Umweltsorgfaltspflichten und den Geltungsbereich weit hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück.“* (Zitat, Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH.

*) Lt. WWF-Report verursachte die EU 2017 indirekt 116 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen durch die „importierte“ Entwaldung. Umgerechnet auf Deutschland wären das „nur“ knapp 20 Millionen Tonnen. Hier scheint sich aber der WWF um den Faktor 10 verrechnet zu haben, denn nach dieser Angabe wäre der Raubbau an Wäldern nur für rund 2% (statt 20 %) der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.

8. GEO Hefte aus den Jahren 1978 bis 2013 zu verschenken

Ein *BUND*-Mitglied hat GEO Hefte aus den Jahren 1978 bis 2013 zu verschenken. Es fehlen ca. 15 Hefte. Zustand gut. Nur für Selbstabholer (ca. 150 KG).

9. Online-Aktionen und –Petitionen

- Mehr Schutz des Radfahr- und Fußgängerverkehrs in der StVO: <https://www.change.org/p/bundestag-endlich-verkehrsberuhigung-in-den-st%C3%A4dten-zulassen-herr-scheuer>
- Mit echten Meeres-Schutzgebieten gegen Überfischung und Raubbau vorgehen: https://act.greenpeace.de/meeresschutzgebiete-jetzt?utm_campaign=oceans&utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_content=button&utm_term=20210404-meere
- Ecuador: Stoppt die Gewalt der Goldsucher: <https://www.regenwald.org/petitionen/1237/ecuador-stoppt-die-gewalt-im-bergbau?mtu=521802300>
- Klimaschädliche Gas-Pipeline stoppen: https://you.wemove.eu/campaigns/stoppt-die-nord-stream-2-pipeline?utm_source=civimail-35775&utm_medium=email&utm_campaign=20210308_DE
- Gemeinsam für den Klimaschutz: https://aktion.bund.net/klima-pledge?utm_source=fbmessenger&utm_medium=shareask&utm_campaign=klima-pledge
- Für eine andere Agrarpolitik: <https://www.gruene.de/aktionen/mehr-geld-fuer-umwelt-tier-und-klima?site=https://www.gruene.de&from=/agrarpolitik&to=/aktionen/mehr-geld-fuer-umwelt-tier-und-klima>
- Junkfluencer stoppen: https://www.foodwatch.org/de/mitmachen/mcdonalds-haribo-co-stoppt-das-junkfluencer-marketing/?utm_source=CleverReach&utm_medium=email&utm_campaign=01-03-2021+2021-03-01+Junkfluencer+Reblast&utm_content=Mailing_13835388
- Energiecharta-Vertrag (ECT) - Klimakiller-Pakt kündigen: <https://aktion.campact.de/handelspolitik/energiecharta/teilnehmen>
- Change.org als kostenlose und offene Plattform erhalten: <https://changeverein.org/einspruch-spenden/?amount>
- Verheerende Abstandsregeln für Windenergie in NRW - Laschets Windkraft-Verbot stoppen: https://aktion.campact.de/windkraft-nrw/appell/teilnehmen?utm_medium=cms&utm_source=homepage
- Patente auf Pflanzensamen stoppen: https://act.wemove.eu/campaigns/keine-patente-auf-saatgut?utm_source=civimail-35913&utm_medium=email&utm_campaign=20210317_DE
- A26 Ost - unverantwortliches Autobahn-Projekt durch Moore und andere Lebensräume stoppen: https://mitmachen.nabu.de/de/StopA26Ost?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=210305+NABU-Aktionen

Mit freundlichen Grüßen

BUND-Kreisgruppe Pinneberg

<https://www.bund-pinneberg.de/>

Einladung zur Wanderung

Demo gegen den Grenzweg-Ausbau!

Am Samstag, den 29. Mai 2021 um 14.00 Uhr

Treffpunkt am Grenzweg, Parkplatz Kreisel in 25358 Horst

Ganz herzlich laden wir alle Interessierten zur Demo am Grenzweg ein. Leider musste unsere erste nicht offiziell beantragte Wanderung aufgrund zu vieler Anmeldungen abgesagt werden. Jetzt nehmen wir einen zweiten Anlauf mit offizieller Genehmigung und Hygienekonzept.

Wir bitten während der Veranstaltung einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und die geltenden Hygienevorschriften einzuhalten. Als Veranstalter sind wir verpflichtet ihre Kontaktdaten vor Ort aufzunehmen.

Für die ca. 5 km lange Rundwanderung folgen wir dem heutigen Spurbahnweg durch das Wasserschutzgebiet Dovenmühlen und informieren über den geplanten Verlauf der neuen Trasse. Auf dieser sollen knapp 12.000 Fahrzeuge pro Tag verkehren. Die Anwohner, die jetzt noch in einem sehr ruhigen Gebiet wohnen, müssten dann dauerhaft mit einer hohen Lärmbelastung leben.

Was wollen wir erreichen?

Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bahn

→ **Stichwort „Verkehrswende“**

Erhalt der landwirtschaftlichen Grün- und Nutzflächen und Naherholungsgebiete

→ **Stichwort „Flächenversiegelung“**

Schutz der Lebensräume unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt

→ **Stichwort „Biodiversität“**

Der Wille zum Klima- und Umweltschutz darf nicht nur aus leeren Worten bestehen!

Bitte Anmeldung unter:

info@gruene-steinburg.de



Hygienekonzept der Demonstration gegen Grenzweg-Ausbau

Bitte unbedingt beachten:

Termin: Samstag, 29. Mai 2021 um 14.00 Uhr, Treffpunkt am Grenzweg, Parkplatz Horster Kreisel in 25358 Horst

Die Teilnehmer*innen der Veranstaltung erklären sich bereit, dem Hygienekonzept der Demonstration zu folgen und dies auch einzuhalten. Dieses Hygienekonzept wird allen Teilnehmer*innen zu Beginn der Veranstaltung ausgehändigt.

Personen mit Erkältungssymptomen dürfen an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Es gibt keine Berührungen, Umarmungen und kein Händeschütteln.

Während der gesamten Demonstration wird aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage zum Tragen von Masken aufgerufen. Es gilt das Abstandsgebot von 1,5 m einzuhalten.

Seitens der Veranstalter wird kein Verzehr angeboten. Jede*r Teilnehmer*in sorgt für die eigene Verpflegung.

Zum Beginn der Demonstration sammeln sich die Teilnehmer*innen am Treffpunkt unter Einhaltung der Abstandsregeln. Menschen aus einem Haushalt dürfen nebeneinander stehen.

Die Personalien der Teilnehmer*innen werden aufgenommen und aufgrund der Corona-Meldepflichtverordnung, sowohl bei Verdacht einer Erkrankung als auch beim Auftreten von Covid-19 Fällen, dem Gesundheitsamt gemeldet. Wenn das Gesundheitsamt Auskunft verlangt, wird die Teilnehmer*innenliste vom Veranstalter unverzüglich übermittelt.

Die Kontaktdaten bestehen aus: Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mailadresse.

Um 14.00 Uhr startet die Demonstration. Alle Teilnehmer*innen gehen unter Einhaltung der Regeln des Hygienekonzepts, beginnend auf dem Parkplatz am Horster Kreisel auf der Spurbahn des Grenzweges westwärts Richtung Elmshorn. Nach Überquerung der Bahnschienen geht es in nördliche Richtung auf dem Seemoorweg weiter, bis dieser am Mühlenweg endet. Auf dem Mühlenweg geht es in östliche Richtung nach rechts wieder zurück über die Bahnschienen, bis über die Straße Kieleck der Grenzweg wieder erreicht wird. In den Grenzweg nach links abbiegend endet die Demonstration wieder auf dem Parkplatz am Horster Kreisel.

Jede*r Teilnehmer*in achtet darauf, dass kein Stau entsteht.

Die Veranstaltung endet um ca. 15.30 Uhr.

Wir rechnen mit ca. 50 Teilnehmer*innen.

Name:

Anschrift:

Telefonnummer:

E-Mailadresse:

Demo - Grenzweg Horst



Scannen und einchecken